

## Wilson über den Frieden.

Formeller Friedensschluß im Frühjahr. — Vorbereitungen in London.

Washington, 2. Dezember.

In der gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärte Präsident Wilson in einer Botschaft, er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde. Er trat für das neue, auf drei Jahre berechnete Flottenprogramm ein, da er es für einen unverständigen Versuch halte, das Flottenprogramm einer künftigen Welt-politik anzupassen, die noch ganz unbestimmt sei. Er betrachte es als seine oberste Pflicht, vollen Anteil an der Friedenskonferenz zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert haben.

Als der Präsident seine Absicht mitteilte, persönlich zur Friedenskonferenz zu gehen, erhoben sich die demokratischen Senatoren und applaudierten stürmisch. Die Republikaner verhielten sich schweigend. Die Verlesung der Botschaft dauerte beinahe 1/4 Stunden, worauf Wilson unter lebhaftem Beifall der Demokraten den Saal verließ.

Nach der Verlesung der Botschaft wurden zwei Resolutionen eingebracht. In einer derselben schlug der Republikaner Roderberg vor, der Kongreß solle erklären, daß Wilsons Reise es ihm unmöglich mache, seinen Pflichten als Präsident nachzukommen. Diese Resolution wurde einer Kommission überwiesen.

Amsterdam, 3. Dezember.

Nach einer Neutermeldung sagte Wilson in seiner Botschaft u. a.:

Wir wenden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Koterien gesichert und für eine Neuordnung auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriffe, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen, nicht die häusliche Sicherheit. Unsere Gedanken haben sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und dem fernen Osten beschäftigt und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns selbst auf ihre Durchführung wartet. Ist es, während wir unsere Beziehungen zu dem Rechte der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich fühlen, erbringen? Ich hoffe, daß die Mitglieder des Senats mir gestatten werden, noch einmal von dem unratifizierten Freundschaftsvertrag mit der Republik Columbien zu sprechen. Ich fordere Sie ernstlich auf, in dieser wichtigen Angelegenheit bald günstige Maßregeln zu treffen. Ich glaube, Sie werden mit mir das Gefühl haben, daß die Lage jetzt für eine solche nicht nur berechtigte, sondern auch edelmütige und dem Geiste der neuen Zeit, in die wir so glücklich eingetreten sind, entsprechende Aktion geeignet ist. Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rückkehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Verlusten des Krieges zu leiden hatten, als wir.

Die Rohstoffe sind frei geworden und dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schifffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Getreidespeichern ernährt werden muß und die Schiffe noch immer dazu benützt werden, unsere Leute über See zu versorgen und die Sol-

daten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßregeln werden im Verlaufe der Wochen in immer weitergehendem Maße gemildert werden. Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte der Präsident: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosen Nachteilen zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Ueberfluß hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können.

Belgien und Nordfrankreich dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig werden sollte, irgendeine Stelle, wie z. B. dem Kriegsbandelsamt, das Recht zu gewähren, eine Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen einzuräumen.

London, 2. Dezember.

In der Downingstreet wurde heute eine Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Balfour, Bonar Law, Generalstabschef Sir Henry Wilson, sowie Foch, Clémenteau, Orlando und Sonnino teilnahmen.

Die Besprechung am Vormittag befaßte sich mit der vorläufigen Erörterung über das Datum und das Verfahren der Friedenskonferenz sowie mit den Angelegenheiten, die mit den Einzelheiten für die weitere Ausführung des Waffenstillstandes zusammenhängen. Auch die Frage bezüglich des früheren Kaisers wurde erwähnt. Die Erörterungen dienten natürlich nur zur Vorbereitung der Beschlüsse, die erst nach Ankunft des Präsidenten Wilson gefaßt werden können.

### Rein Dittlerfriede.

(Drahtmeldung der „Reichspost“.)

Zürich, 3. Dezember.

„Gerald“ meldet aus New-York: Auf die Anfragen mehrerer Senatoren erwiderte Lansing, es finde keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten, sondern eine freie Aussprache statt.

### Angedrohte Kriegsentschädigungsforderungen des Verbandes.

Berlin, 3. Dezember.

Das „Berl. Tagebl.“ meldet aus dem Haag unter dem 2. d.: „Daily News“ schreibt, daß angeblich folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht würden:

Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf zwei bis zweieinhalb Milliarden Pfund geschätzt.

Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern und mit deutschem Material ausgebaut werden.

Als Ersatz für den vernichteten Schiffsraum sollen entweder sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der Alliierten fahren oder auf den deutschen Werften neue Schiffe gebaut werden.

Außer dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu geben.

Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert. (1)

Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden soll. Außerdem ist die deutsche Kohlenherzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.

Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind ebenfalls gutzumachen (1).